

Jürgen Aring, Gary. S. Schaal

# Keine falschen Erwartungen hegen

## Zur Begrenztheit von Vertrauen in der Demokratie



Derzeit wird viel über die Bedeutung von Vertrauen im politischen Prozess und noch mehr von einem Vertrauensschwund gegenüber der Politik sowie den Politikern und Politikerinnen gesprochen. Was ist da los? Und was soll uns daran zu denken geben? Der Aufsatz spürt diesen Fragen nach. Er spricht sich gegen schnelle und pauschale Krisendiagnosen aus und fordert dazu auf, die Erwartungen an die Bedeutung von Vertrauen im politischen Geschäft herunterzudimmen. Denn einige Vertrauenserwartungen werden in einer pluralistischen und komplexen Demokratie immer enttäuscht werden, weil sich im politischen Alltag unterschiedliche Vertrauensdimensionen überlagern, die nicht gleichzeitig einlösbar sind. Zum Paket der Demokratie gehören auch enttäuschte Erwartungen im Einzelfall und institutionalisiertes Misstrauen.

Selbstverständlich gibt es Standards für good governance, politische Ergebnisse und die Integrität von Politikern, hinter denen zurückgeblieben werden kann, doch in erheblichem Maße könnte sich im Klagen über Vertrauensschwund ein fehlendes Bewusstsein für die Struktur und Komplexität demokratischer Politik in einer vielfältigen Gesellschaft widerspiegeln. Wer kennt nicht den Satz „Vertrauen ist die wichtigste Währung“? Banken werben damit, Journalisten bemühen ihn in politischen Kommentaren, Apotheken positionieren sich so gegen den Internetversand. Ganz im Gegensatz zum häufigen Beschwören der generellen Bedeutung von Vertrauen stehen Ergebnisse von Umfragen, die immer wieder signalisieren, in Deutschland sinke das Vertrauen der Bürger gegenüber der Politik auf allen Ebenen – Bund, Länder, Kommunen – kontinuierlich.

### Vertrauensschwund

Spricht man mit Bürgerinnen und Bürgern und spürt der Frage nach, was mit „Vertrauensverlust“ gemeint sein könnte, dann werden einzelne, sehr unterschiedliche Geschichten berichtet: von langsamen Prozessen, fehlendem Fortschritt, Geldverschwendung und Inkompetenz – aber auch von Gemauschel und Klüngel, Hinterzimmerpolitik, integren und nicht integren Politikern. Und häufig auch von „falscher Politik“, wohinter sich das Gefühl einer unzureichenden Berücksichtigung der eigenen Interessen und Werte verbergen dürfte. Schon bei dieser einfachen Annäherung zeigt sich, wie facettenreich die Wahrnehmungen sind, die sich unter dem Dachbegriff Vertrauensschwund verbergen.

Dauerhafte Zweifel in Vertrauensbeziehungen sind zersetzend. Das kennt jeder aus privaten Beziehungen oder kollegialen

Verhältnissen am Arbeitsplatz. Insofern ist es nachvollziehbar, wenn aus dieser Alltagserfahrung Vertrauensschwund oder gar Misstrauen gegenüber politische Institutionen und Personen im öffentlichen Diskurs gemeinhin als Indiz für eine Krise der Demokratie gehalten wird. Sofort wird gefragt, was man dann tun könne bzw. wie dem Vertrauensverlust zu begegnen ist. Reflexartig kommen Vorschläge, wie das (verlorene) Vertrauen wiederaufgebaut werden kann. Dazu zählen unter anderem Ansätze für eine bessere Partizipation auf der lokalen Ebene, für die sich seit Jahren auch der vhw und viele andere intensiv engagieren.<sup>1</sup> Dahinter steht die Hoffnung, durch gut machte Verfahren politische Akzeptanz und Vertrauen in die Demokratie (zurück) zu gewinnen. Für viele engagierte und überzeugte Demokraten besitzt dieser Gedanke eine hohe Anziehungskraft, da er nicht auf der Ebene der Krisendiagnose verharrt, sondern den politischen Akteuren auf lokaler Ebene einige Werkzeuge zur Reparatur der defekten Vertrauensbeziehung in Aussicht stellt.

Ohne Zweifel, gut gemachte Bürgerbeteiligung ist wichtig. Sie sollte, wo sie Verfahren und Ergebnisse verbessern kann, immer ein ernsthafter Teil des demokratischen Prozesses einer Entscheidungsfindung sein. Aber dass damit die komplexen Probleme von Entscheidungsfindungen in spätmodernen pluralistischen Gesellschaften aufgelöst werden, darf bezweifelt werden. Interessen und Lebensstilkonflikte werden in Beteiligungsverfahren genauso sichtbar wie im allgemeinen politischen Prozess (Kurz 2017). Aus jeder größeren Kommune lassen sich Beispiele berichten, in denen Partizipationsprozesse regelrecht in einem politischen Trümmerfeld geendet sind und Fronten sich auf Jahre verhärtet haben. Vertrauen in

<sup>1</sup> Z.B.: vhw Städtenetzwerk / Allianz Vielfältige Demokratie / Beteiligungsoffenen vieler Kommunen.

Politik lässt sich nicht mechanistisch durch Bürgerbeteiligung herstellen.<sup>2</sup> Auch die aktuelle wissenschaftliche Literatur zu Vertrauen weckt Zweifel, ob Vertrauensbeziehungen so mechanistisch funktionieren, wie gerne erhofft wird (Grimmelikhuijsen 2010).

Insofern wollen wir aus der Messung von Vertrauensschwund keine Krisendiagnose ableiten, der dann Maßnahmen entgegengestellt werden. Vielmehr wollen wir uns mit politischen Personen, politischen Ergebnissen und der Funktionsweise des demokratischen politischen Systems beschäftigen. Wir wollen fragen, wie Vertrauen in den jeweiligen Bereichen verstanden wird und warum Vertrauenszweifel nicht überraschend sind, wenn die Einzelperspektiven zusammengefügt werden. Im Ergebnis geht es dann weniger darum, diese Art von Vertrauenszweifel umfassend abzubauen, sondern reflektiert damit umzugehen. Die Beobachtung Vertrauensschwund in der Demokratie könnte man dann auch auf Defizite in der politischen Bildung zurückführen.



Abb. 1: Demokratie und Beteiligung in einer komplexer werdenden Gesellschaft (Foto: Jürgen Bitter)

## Vertrauen – eine erste Annäherung

Wir alle leben permanent im Vertrauen, ohne uns dessen bewusst zu sein. Vertrauen ist menschlich. Das menschliche Hirn liebt „Abkürzungen“, um schnell zu entscheiden und Energie zu sparen. Dazu zählen Stereotype, Vorurteile, Muster und eben auch Vertrauen bzw. Misstrauen. Abkürzungen, das klingt nach Instinkt und Emotion, doch Vertrauen besitzt durchaus eine rational-reflexive Dimension. Man kann sich sehr wohl bewusstmachen, warum man wem in Bezug auf was Vertrauen entgegenbringt. Ist das Vertrauen aber erst einmal vorhanden, so kann man es als Mechanismus zur Komplexitätsreduktion einstufen (Luhmann 2014).

<sup>2</sup> Vgl. Selle 2019, darin Kap. 3 Unschärfen: Was ist mit „Demokratie stärken“ gemeint?

Gerade in der Stadtgesellschaft, in der wir permanent mit fremden Anderen interagieren müssen, ist gelingendes menschliches Miteinander bereits Ausweis hohen sozialen Vertrauens. Und auch umgekehrt: Ohne Vertrauen in die Mitmenschen, in ihre Akzeptanz von Recht und eine gesellschaftliche Ordnung stiftende Kultur ist ein entspanntes Zusammenleben und damit auch ein demokratisches Kooperieren nicht möglich. Der Historiker Harari hat darauf hingewiesen, dass ohne eine kognitive Revolution vor 70.000 Jahren, die es dem Homo Sapiens ermöglichte, Orientierung gebende Geschichten zu erfinden, große Gesellschaften, Städte und Staaten gar nicht möglich geworden wären (Harari 2013).

Solange Vertrauen besteht, ist es nicht weiter auffällig. Seine Bedeutung tritt (meistens) erst dann ins Bewusstsein, wenn es brüchig geworden ist. Die Tatsache, dass in den letzten Jahren in Deutschland intensiv über politisches Vertrauen diskutiert wurde, ist daher nicht nur Indiz, sondern auch Katalysator einer Krisenwahrnehmung des politischen Vertrauens. Häufig wird politisches Vertrauen als Garant der Stabilität eines demokratischen Systems angesehen. Empirisch konnte ein solcher Zusammenhang jedoch (noch) nicht bestätigt werden. Daraus folgt nicht, dass politisches Vertrauen für die Demokratie unbedeutend ist. Doch solange wir die Effekte sinkenden politischen Vertrauens für die Demokratie nicht nachvollziehen können, sollten wir mit pauschalen Krisendiagnosen vorsichtig sein. Wichtiger ist es, die politisch relevanten Vertrauensdimensionen mit ihren Wirkungsmechanismen auszudifferenzieren und zu verstehen.

## Vertrauensdimensionen

Wir vertreten die These, dass sich hinter dem Etikett Vertrauensverlust nicht nur enttäuschte Qualitätserwartungen, sondern auch unterschiedliche Verständnisse bzw. Dimensionen von politischem Vertrauen verbergen, die in unserer Gesellschaft sowohl kulturell als auch institutionell tief verankert sind. In Diskursen über (sinkendes) politisches Vertrauen werden diese unterschiedlichen Verständnisse sichtbar und gewinnen politische Bedeutung. Da sich die unterschiedlichen Verständnisse von Vertrauen und die damit verbundenen Erwartungen an die Vertrauenswürdigkeit von Politik (als System und Ergebnis) und Gewählten (als Personen) nicht nur im öffentlichen Diskurs, sondern auch bei jeder Bürgerin und jedem Bürger überlagern, erscheint politisches Vertrauen schwer fassbar.

Die wirkliche politische Herausforderung resultiert jedoch daraus, dass die nachfolgend skizzierten Vertrauenserwartungen nicht gleichzeitig erfüllbar sind – weder auf der Ebene der Gesellschaft noch auf der individuellen Ebene. Einige Vertrauenserwartungen werden in einer pluralistischen und komplexen Demokratie immer enttäuscht werden – nicht vollständig, aber bis zu einem gewissen Grad. Demokratische Politik ist eine Sphäre des Verhandeln unterschiedlicher Interessen und

Werthaltungen zu einem für alle tragbaren Ergebnis. Zuweilen als höhere Einsicht, meist als Kompromiss. So gehört die Enttäuschung von Einzelnen und die Nicht-Erfüllung großer Erwartungen systematisch zur demokratischen Politik-Produktion des langsamen Bohrens dicker Bretter. Kompensiert wird sie dadurch, dass auch die Verlierer bei Einzel-Entscheidungen spüren, dass es insgesamt doch ziemlich gut läuft, besser als in diktatorischen, autoritären oder populistischen Systemen. Ganz im Sinne von Winston Churchill, der 1947 vor dem britischen Unterhaus sagte, die Demokratie sei die schlechteste aller Regierungsformen, abgesehen von allen anderen, die von Zeit zu Zeit ausprobiert werden.

Die eigentliche politische Herausforderung besteht deshalb darin, mit dieser gesellschaftlichen Vertrauenskonstellation konstruktiv umzugehen. Zunächst wollen wir jedoch unsere These argumentativ stützen, indem wir eine Systematisierung politischen Vertrauens vorstellen, die verdeutlichen kann, welche Vertrauenserwartungen in welcher Phase des demokratischen Prozesses an die Politik sowie die Politikerinnen und Politiker gerichtet werden.

### (a) Integritätsvertrauen

Die Wählenden haben hohe Erwartungen an die charakterliche Integrität von Politikern und Politikerinnen. Selbst wenn Politik häufig als Dirty Business diffamiert wird, erwarten die Bürger nichtsdestotrotz, dass die Politiker sich persönlich integer verhalten. Deshalb bezeichnen wir unsere erste Vertrauensdimension als Integritätsvertrauen.

Diese Form zeichnet sich durch die Erwartung aus, dass Politiker sich in Zukunft im demokratischen Prozess als integer und moralisch gefestigte Persönlichkeiten erweisen – und dies relativ unabhängig davon, welche konkreten politischen Entscheidungen zu treffen sind. Im Kern steht die Erwartung, dass sie sich an die Gesetze des Staates halten, also weder kriminell noch korrupt sind. Zum integren Verhalten zählt auch, sich an die Verfahrensregeln der Demokratie zu halten sowie die politische Verantwortung für den eigenen Kompetenzbereich zu übernehmen und persönliche Karriereinteressen hintanzustellen. Häufig gehen die Erwartungen noch darüber hinaus und es wird auch danach gefragt, ob sich Politiker und Politikerinnen als Menschen so verhalten, wie es die gängigen moralischen Narrative verlangen. So sollen die Werte und Ziele, für die politisch gefochten wird, auch in ihrem Alltag sichtbar sein. Auch deshalb werden Sozialpolitiker mit großen Vermögen oder Umweltpolitiker mit hohem Flugreiseaufkommen schnell kritisch beäugt. Und die Vorstellungen von Integrität können noch weitergehen, indem zutiefst private Dinge (Umgang mit Partnerschaft, Sexualität, Religion u.Ä.) zur Bewertung herangezogen werden. Man sieht, im Integritätsvertrauen spielen sowohl genuin politische als auch unpolitische – weil private – Charakteraspekte von Politikern zusammen. Diese Form des Vertrauens ist tief in einem republikanisch-gemeinwohlorientiertem Verständnis von Politik verwurzelt.

### (b) Ergebnisvertrauen

Politik wird von den Bürgern sehr stark anhand ihrer Ergebnisse wahrgenommen und bewertet. Da – mit Ausnahme von direktdemokratischen Entscheidungsverfahren – unsere politischen Repräsentanten final die Politik bestimmen, ist die konkrete Politik in einer Wahlperiode für die Bürger mit Unsicherheit verbunden. Zwar gibt es Wahlprogramme und Wahlversprechen, doch der politische Alltag besteht nicht aus dem Abarbeiten der Agenden, die vor den Wahlen ins Schaufenster gestellt werden. Koalitionsvereinbarungen, Finanzrestriktionen, veränderte Rahmenbedingungen und insgesamt die komplexe Akteurslandschaft schaffen die realen Arenen, in denen sich Politik letztlich manifestiert. Wahlentscheidungen bilden insofern einen Vertrauensvorschuss ab, die Politiker mögen in den konkreten Entscheidungssituationen das Richtige im Sinne ihrer Wähler entscheiden. Und sie mögen überhaupt entscheiden und die Dinge voranbringen! Nicht-Entscheiden durch Vertagen und Verzögern wird zuweilen ähnlich kritisch wahrgenommen wie Entscheidungen, die einem nicht gefallen. Die realen Ergebnisse und Nicht-Ergebnisse des demokratischen Prozesses sind deshalb ein zentrales Objekt des Vertrauens. Wir bezeichnen diese Form des Vertrauens daher als Output- oder Ergebnisvertrauen.



Abb. 2: Aufruf an die Politik (Foto: Philipp Sachsinger)

Doch wann vertrauen die Bürgerinnen und Bürger auf die Ergebnisse des demokratischen Prozesses? Können – auf einer abstrakten Ebene – Qualitätsmerkmale politischer Entscheidungen benannt werden, die ihre Vertrauenswürdigkeit erhöhen? Wir denken ja, da Erwartungen an die Qualität politischer Ergebnisse kulturell verankert sind. Wir differenzieren zwischen einer eher egoistischen (liberalen) und einer eher gemeinwohlorientierten (republikanischen) Variante:

**Egoistisches Ergebnisvertrauen:** Eine wichtige historische Quelle unserer heutigen politischen Kultur ist der britische Liberalismus, der ein individualistisches Menschen- und Gesellschaftsbild vertritt. Diese Variante des Ergebnisvertrauens bezeichnet die Erwartung, dass die Politik die egoistischen politischen Interessen der Wählenden erfüllt. Zumindest sollten

„meine Interessen“ ihren Niederschlag in Ergebnissen des demokratischen Prozesses finden. Der Politik wird vertraut, wenn sie diese Erwartung erfüllt, und misstraut, wenn sie enttäuscht wird. Das Schenken von politischem Vertrauen ist in diesem Verständnis maßgeblich eine rationale Handlung: Die Leistungen der Politik in der Vergangenheit werden in die Zukunft projiziert. Politisches Vertrauen bezeichnet in diesem Verständnis die erfahrungsbasierte Erwartung, dass Politik in Zukunft meine politischen Wünsche umsetzt. Ein Beispiel hierfür sind die sogenannten Wahlgeschenke (z.B. Steuersenkungen, Rentenerhöhungen u. dgl.), bei denen in Reinform versucht wird, politische Ergebnisse zu erzeugen, die egoistische Erwartungen bedienen. In der Praxis wirken solche Wahlgeschenke heutzutage meist gruppenspezifisch und klein. Das ist nicht überraschend, denn in pluralistischen und ausdifferenzierten Demokratien ist es unrealistisch anzunehmen, dass die Vielzahl konfliktiver politischer Interessen der Bürger gleichzeitig in Politik umgesetzt werden kann. So wird in Praxis mit gewonnenem Ergebnisvertrauen bei einer kleinen Gruppe leicht Enttäuschung und Ablehnung bei einer viel größeren Gruppe erzeugt.

**Gemeinwohlorientiertes Ergebnisvertrauen:** Die zweite Quelle unserer heutigen politischen Kultur ist der Republikanismus, der sich primär aus dem politischen Denken der Romantik speist und unter anderem mit den Namen Rousseaus und Herders verbunden ist. Zentral für diese Traditionslinie ist, dass sie die gemeinwohlorientierte Dimension von Politik und die Eingebundenheit des Individuums in die politische Gemeinschaft betont. Die republikanische Variante des Ergebnisvertrauens bezeichnet die Erwartung, dass die Politik in Zukunft verantwortungsbewusste, gemeinwohlorientierte, langfristig orientierte und zukunftsfähige Entscheidungen trifft und sich nicht an Partikularinteressen, z.B. der Wirtschaft, orientiert. Der aktuelle Diskurs über den Klimawandel und die Politik, die notwendig ist, um ihn noch abzuwenden, ist ein Beispiel für gemeinwohlorientierte Politikererwartungen. Politik muss in dieser Denktradition einen moralischen Kompass besitzen, um gemeinwohlorientierte Politik identifizieren zu können, und den Mut, sie gegen egoistischere Verständnisse von Politik durchzusetzen.

### (c) Systemvertrauen

Es entspricht nicht dem Wesen der liberal-repräsentativen Demokratie, dass die Bürger ihr vorbehaltlos vertrauen sollten. Da sie auch Machtmissbrauch verhindern<sup>3</sup> soll, ist institutionalisierte Wachsamkeit geboten. Deshalb benötigt die liberal-repräsentative Demokratie nicht nur das Vertrauen der Bürger, sondern auch ihr Misstrauen, um Machtmissbrauch zu verhindern. Deshalb hat die liberal-repräsentative Demokratie Misstrauen institutionalisiert, um dem Machtstreben der Regierenden einen Riegel vorzuschieben und Systemvertrauen (Warren 2018) zu erzeugen. Das Misstrauen manifestiert sich in jenen

Institutionen und Verfahren, auf die man aus einer demokratischen Perspektive sehr stolz ist: Periodische Wahlen sorgen für Macht auf Zeit. Gewaltenteilung (das System der Checks and Balances) soll dafür sorgen, dass die Institutionen wechselseitig ihre Macht begrenzen. Presse- und Demonstrationsfreiheit sollen Transparenz und Meinungsvielfalt absichern. Und auch die Einführung von autonomen Zentralbanken ist durch das Misstrauen motiviert, dass Politiker verantwortungsvoll mit der Druckerpresse umgehen können. Demokratien institutionalisieren also Misstrauen.

Vertrauen sollten die Bürger daher insbesondere darauf, dass das institutionelle Arrangement und die demokratischen Verfahren, die Machtmissbrauch verhindern sollen, ihren Job erfüllen. Misstrauen ist daher nicht per se ein Krisensymptom. Gleichwohl ist Vertrauen in die Mechanismen der Machtbegrenzung für die Akzeptanz der Demokratie und ihre Wertschätzung seitens der Bürger sehr wichtig.



Abb. 3: Enttäuschte Erwartungen: kein Grund wegzulaufen (Foto: Jost)

## Veränderte Konstellationen und ihre Folgen

Selbstverständlich gibt es Qualitätsstandards für good governance, politische Ergebnisse und die Integrität von Politikern. Deshalb können auch die Regierungsprozesse, die politischen Resultate und die Gewählten hinter diesen Standards zurückbleiben. Mit konkurrierenden Parteien und Wahlen bietet die Demokratie einen Modus, um das Spielfeld immer wieder neu zu besetzen, ein anderes Spielsystem zuzulassen und damit erfolgreicher zu spielen. In der Demokratie sind also Verfahren eingebaut, um auf enttäuschte Erwartungen und verspieltes Vertrauen reagieren zu können. Unsere Ausführungen zur Ausdifferenzierung von Vertrauensdimensionen machen aber auch deutlich, dass selbst beim Einhalten aller Standards die unterschiedlichen Erwartungen nicht gleichzeitig erfüllt werden können. Deshalb wird politisches Vertrauen in einem gewissen Maße immer enttäuscht werden. Diese Art von Enttäuschungswahrnehmungen einzuhegen, ist Teil einer demokratischen Vertrauenspolitik, die sich nicht auf moralisierende Appelle und mehr Beteiligung beschränkt.

<sup>3</sup> Vgl. Mühlfried 2019; die Einführung ist auch in diesem Heft abgedruckt.

Das ist jedoch leichter gesagt als getan, denn die Vertrauensbeziehung zwischen Bürgern und Politik ist eingebettet in größere gesellschaftliche Entwicklungen, die die Herausforderungen noch verschärfen. Besonders relevant für die Entwicklung der politischen Vertrauensbeziehungen sind (a) die zunehmende Individualisierung und Singularisierung, (b) die Ökonomisierung aller Lebensbereiche, (c) die Beschleunigung von Veränderungen in Gesellschaft, Ökonomie und digitaler Technologie sowie (d) eine zunehmende Problemvernetzung und Komplexität, die als Unübersichtlichkeit wahrgenommen wird. Was bedeutet das in der Praxis im Hinblick auf die zuvor herausgearbeiteten Vertrauensdimensionen?

Beim **Integritätsvertrauen** sind die Erwartungen in der jüngeren Vergangenheit deutlich angestiegen. Neben der genuin politischen Integrität wird immer mehr auf die Zielkonformität von politischer und privater politischer Person geachtet. Die Integritätsmesslatte ist sozusagen sukzessive höher gelegt worden. Und zunehmend muss ein ganzes Leben sich an den Wertmaßstäben und Narrativen der Gegenwart messen lassen. Gleichzeitig ist durch die neuen Medien das Wissen um die Gegenwart und Vergangenheit von Politikern und Politikerinnen immer größer geworden. „Das Netz vergisst nichts“ wird häufig gesagt, und Politiker und andere Personen des öffentlichen Lebens spüren das besonders. Wie unter diesen Bedingungen erregter Moralität Integritätsvertrauen eingelöst werden soll, ist ein Rätsel. Denn die Bereitschaft ist hoch, auch ziemlich integre Persönlichkeiten wegen kleinster Unterschreitungen der Erwartungsmesslatte massiv zu kritisieren.

Beim **Ergebnisvertrauen** wirken sich die zunehmende Komplexität, Beschleunigung, Mehrebenenproblematik und Akteursvielfalt im politischen Raum aus. Das gilt nicht nur für die große Politik, sondern auch auf der lokalen Ebene. Während sich die Vorstellungen von einer starken Kommune und einer Dichotomie Politik/Verwaltung versus Bürger hartnäckig halten, gibt es im Alltag eine ungeheure Akteurs- und Einflussvielfalt. Klaus Selle hat es jüngst folgendermaßen auf den Punkt gebracht: „Handfeste private Belange und allgemeine Anliegen, organisierte und individuelle Interessen... die, die immer dabei sind, und die, die sich aus gegebenem Anlass einmalig empören... Diese Pluralität von Interessen, Betroffenheiten und Absichten ist in jedem Prozess vorhanden – wird aber zumeist nicht sichtbar gemacht. Das ist fatal. [...] Die Handlungsmöglichkeiten der Stadt werden überschätzt.“ (Selle 2019, S. 30) Wenn aber die Erwartungen hoch und die Handlungsmöglichkeiten niedrig sind, dann entsteht schnell der Eindruck, Politik würde nicht liefern („die kriegen es nicht auf die Reihe“) oder sie würden das Falsche liefern („die bedienen nur bestimmte Interessen“).

Beim **Systemvertrauen** ist das institutionalisierte Misstrauen ein wichtiger Aspekt. Obwohl die demokratischen Machtbegrenzungsstrukturen und die Gewaltenteilung bisher gut funktionieren, scheint es ein wachsendes Bedürfnis nach da-

rüber hinaus gehender Transparenz und Kontrolle zu geben. Man könnte meinen, mündige und zur kritischen Wachsamkeit angehaltene Bürger würden dieser Aufgabe über Gebühr gerecht. Das Misstrauen, ursprünglich im System und in der freien Presse verankert, wird zunehmend direkt ausgeübt. Hierfür wurde sogar eine neue Demokratietheorie entwickelt: die Monitoring Democracy. Die gewachsenen Erwartungen beim Integritätsvertrauen und die Überschätzungen der Problemlösungsmöglichkeiten spiegeln sich im Wunsch, das institutionalisierte Misstrauen unmittelbar zu übernehmen.

Wie sind vor dem Hintergrund unserer Überlegungen die Befunde über politischen Vertrauensschwund zu bewerten? Und in welche Richtung könnte etwas getan werden? Wir meinen, es sein geboten, die Besorgtheit über gemessenen Vertrauensschwund etwas herunterzudimmen. Sicherlich gibt es berechnete Kritiken am Politikbetrieb, wenn hinter den Qualitätsstandards für good governance, politische Ergebnisse und die Integrität von Politikern tatsächlich zurückgeblieben wird. Aber auch beim Einhalten aller Standards können die unterschiedlichen Vertrauenserwartungen nicht gleichzeitig erfüllt werden. Schon gar nicht, wenn die Erwartungen eher noch steigen. Deshalb wird politisches Vertrauen in einem gewissen Maße immer enttäuscht werden. Mit diesen scheinbaren Unzulänglichkeiten demokratischer Prozesse zu leben und den Nutzen konkurrierender Vertrauenserwartungen und eingebauten Misstrauens wertzuschätzen, ist eine Herausforderung der heutigen Zeit. So steht am Schluss dieses Aufsatzes keine erregte Krisenbeschwörung, sondern ein nüchternes Bekenntnis für politische Bildung, die das Narrativ der vielfältigen und unvereinbaren Vertrauensdimensionen erklärt. Demokratie geht am besten mit Demokraten.

Prof. Dr. Jürgen Aring, Vorstand des vhw e.V., Berlin

Prof. Dr. Gary S. Schaal, Lehrstuhl für Politische Theorie an der Helmut-Schmidt-Universität, Hamburg

#### Quellen:

- Grimmelikhuijsen, Stephan G. (2010): Transparency of Public Decision-Making: Towards Trust in Local Government? In: Policy & Internet 2(1), Apr. 2010, S. 4–34.
- Harari, Yuval Noah (2013): Eine kurze Geschichte der Menschheit.
- Kurz, Peter (2017): Wir haben einen Lebensstilkonflikt in unseren Gesellschaften. (Interview mit dem OB der Stadt Mannheim). In vhw Forum Wohnen und Stadtentwicklung 5/2017, S. 235–238.
- Luhmann, Niklas (2014): Vertrauen, ein Mechanismus der Reduktion sozialer Komplexität. (5. Auflage, Original von 1968).
- Mühlfried, Florian (2019): Misstrauen: Vom Wert eines Unwertes.
- Selle, Klaus (2019): Ende der Naivität? Öffentlichkeitsbeteiligung in der Stadtentwicklung. Anstiftung zur Revision. vhw – Schriftenreihe 15.
- Warren, Mark E. (2018): Trust and Democracy. ed. Eric M Uslaner. The Oxford Handbook of Social and Political Trust: S. 1–24, Oxford: Oxford University Press.